

Studierende simulieren Aufstand

Bildung?! Bildet Euch! Bildet andere! Bildet Banden!

Göttingen. Vor dem Hintergrund der bundesweiten Haushaltskürzungen im Sozial- und auch im Bildungsbereich gab es auch in Göttingen Studierendenproteste.

Welcome to the machine!

Die Uni als Ort der Emanzipation scheint jedoch Geschichte zu sein – soweit sie überhaupt jemals ein solcher Ort war. Auf der einen Seite stehen Einzelpersonen und Gruppen, die sich Emanzipation auf ihre Fahnen geschrieben haben und klare linke Positionen vertreten wollen. Im Grunde genommen läuft unter der Abschaffung des Kapitalismus für sie gar nichts. Auf der anderen Seite stehen Massen von Studierenden. Unter diesen gibt es im Wesentlichen zwei Positionen: Die eine Gruppe verspürt ein gewisses Unbehagen dabei, dass sie Freiheiten genießen kann, die zwar selbstverständlich sein sollten für alle Menschen in einer Gesellschaft, die den meisten aber schon lange nicht mehr zukommen. Nämlich nicht unmittelbar und sofort gezwungen zu sein, sich auf dem Arbeitsmarkt veräußern zu müssen, und daher die Möglichkeit zu erhalten, sich dieses Zusammenhangs bewusst zu werden. Der anderen Gruppe, und sie stellt die Mehrheit, ist ihre herausgehobene gesellschaftliche Position ebenfalls bewusst. Sie will ihre Rolle als Elite für Deutschland bestmöglich ausfüllen. Beide Gruppen sind nicht als homogene Massen zu sehen. Der rechte AStA in Göttingen vertritt die Position der zweiten Gruppe.

Es stellt sich für eine radikale Linke nun die Frage, ob und wie sie unter diesen Bedingungen eingreifen kann, um ihre Positionen durchzusetzen.

In Göttingen wird demonstriert ?!

„Ab in den Süden, der Bildung hinterher?“ war das Motto der ersten Demo mit ca. 2000 TeilnehmerInnen, die der AStA aus ADF und RCDS am 22. Oktober 2003 veranstaltete und dadurch das ständische Interesse der Studierenden in Göttingen artikulierte. Als integraler Bestandteil dieser Demonstration war es unmöglich, etwas anderes als Standortpolitik für Göttingen zu betreiben. So blieb den Linksradikalen neben der undiskutablen Option, dem rechten AStA alleine die Straße zu überlassen, nichts anderes übrig, als die Demo zu übernehmen und sich mit einem schwarzen Block an die Spitze zu setzen. Auf dem Wilhelmsplatz störten sie die Standortreden von Unipräsident Kern, Oberbürgermeister Danielowski und Mitstreitern. An den folgenden Tagen wurde von der Masse der Studierenden immer wieder

die Frage gestellt, warum man nicht mit dem AStA zusammenarbeiten könne, da man gemeinsam gegen das Hochschuloptimierungskonzept (HOK) kämpfen müsse.

Mit elitären, leistungsfixierten Standortfans kann man jedoch nicht gegen etwas demonstrieren, was sie im Grunde selbst für das Klügste halten: Auslese im Sinne der kapitalistischen Konkurrenz. Gerade die Reproduktion von Eliten ist Ausgangspunkt der reaktionären Kräfte in Deutschland. Doch statt sich inhaltlich vom AStA abzugrenzen, wurde überlegt, in wie weit man



Rechten AStA in Göttingen abwählen: 20. bis 23. Januar Uniwahlen

Kämpfende Klasse

Berlin/Hildesheim. Sogar in Deutschland setzt sich mit einiger Verspätung die Erkenntnis durch, dass Hartz-Gesetze, Agenda 2010 und sonstige staatliche Verarmungsprogramme zwar möglicherweise dem Standort, keinesfalls aber dessen InsassInnen nutzen. Am 1. November 2003 gingen daher in Berlin Gewerkschaften, soziale Initiativen und Linksradikale gemeinsam gegen die Kürzungspolitik auf die Straße: Insgesamt 100.000 Menschen kamen zusammen.

Vielen reichen politisch motivierte Spaziergänge allerdings nicht aus: Selbst der Verfassungsschutz hat bemerkt, dass der Sozialkahlschlag vermehrt zum Angriffspunkt linksradikaler Militanz werden dürfte. Kurz vor der Berliner

Großdemonstration machte die Kampagne „Berlin umsonst“ Schlagzeilen: Unter anderem wurde eine Niederlassung der privaten Flüchtlingsabwehragentur IOM (International Organisation for Migration) mit 160 Farbeiern eingedeckt, und erwischte GratisnutzerInnen des öffentlichen Nahverkehrs trafen auf eine geschlossene Bußgeldzahlstelle, dafür jedoch auf freundliche Leute, die kleine Geschenke verteilten. Ebenfalls in Berlin meldete sich die Militante Gruppe (mg) zu Wort und Tat. Sie fackelte einen Müllwagen der Firma Alba ab, die im Zuge der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen durch Lohndumping von sich reden macht. Und dass es kein ruhiges Hinterland gibt, bewies das Kommando „Autonom Bestimmte Maßnahmen“ (ABM) in Hildesheim: Im dortigen Arbeitszwangsamt ging in der Nacht vom 23. zum 24. November ein Computerraum in Flammen auf.

Inhalt

Keine Terroristen, aber...

Urteilsverkündungen im § 129a-Verfahren gegen drei Magdeburger. Welche Bedeutung hat der Prozess für die Linke? **3**

Miami geht in die Offensive

US-Regierung gründet eine Kommission zum „Wechsel auf Kuba“ und das kubanische Projekt gerät konkreter in den Fokus. **5**

Hohmann re-educated

Ereignisse um Parteiausschluss Hohmanns sind Anlass für ein paar Gedanken über die Entnazifizierung der CDU. **6**

Fight global war

Im Februar 2004 wird wieder die Sicherheitskonferenz in München stattfinden. Und auch der Widerstand dagegen. **7**

den AStA mit ins Boot nehmen könne, um den Protest breiter gestalten zu können. Im Zuge der zweiten Demo, eine Woche später, versuchte die Uni-Linke, einen eigenen Lautsprecherwagen auf die Straße zu bringen. Der wurde jedoch von der Polizei aufgehalten, da der rechte AStA eine an ihn gerichtete Kritik nicht hören wollte. Mit dem Versprechen, keine Kritik am AStA zu äußern, wurde der AStA-Vorsitzende Flore gebeten, dafür zu sorgen, dass der Lautsprecherwagen mitkommen dürfe. Im Demoverlauf wurde das Versprechen tatsächlich eingehalten. Weniger Worttreue der Linken wäre an dieser Stelle mehr gewesen. Wenn ein Lautsprecherwagen wegen der Polizeipräsenz nicht möglich ist, dann sollte man überlegen, ob er nicht ausfällt.

Protest?

Seit dem 24. November 2003 wurde unbefristet „gestreikt“. Man darf nicht denken, dass es sich um einen Streik im ursprünglichen Sinne gehandelt hätte. Seit dem Moment, als sich das „Bündnis gegen Bildungsklau“ mit dem rechten AStA eingelassen hatte, und sich somit den Handlungsrahmen für einen Besetzungstreik genommen hatte, wurde der Sinn des Streiks ad absurdum geführt. Aus Streik wurde Aktionsstreik. Fachbereiche sollten für sich selber entscheiden, inwieweit sie sich beteiligen wollten. So verlautete aus den Fakultäten Jura und Wirtschaftswissenschaften vor allem, dass die Aktivitäten auf dem Campus beim Streikbrechen stören würden.

Jetzt geht's los!

Mit dem Besetzungstreik wurde es am 8. Dezember ernst, wie sogar das Göttinger Tageblatt bemerkte. Ab 6.00 Uhr wurde die Universität besetzt bzw. verschlossen. Streikposten standen vor den Eingängen und sollten mit den Streikunwilligen diskutieren. Es kam zu kleineren Rangeleien, vor allem mit WirtschaftswissenschaftlerInnen, die mit Gewalt in ihre Seminare drängten und im weiteren Verlauf des Tages durch den Unipräsidenten Kern, den rechten AStA und abends zwei Polizei-Hundertschaften unterstützt wurden. Diese versuchte, das Sozio-Oeconomicum (Oec) zu räumen, was sie nach kurzem Verlust der Kontrolle – die Polizei war im Oec eingekesselt – auch auf brutale Art und Weise durchsetzen konnte. Da die Räumung vom rechten AStA gewünscht und von Herrn Kern befohlen wurde, war das Kuscheln mit dem AStA endgültig vorbei. Nach der Räumung besuchten ca. 200 Studierende die Sitzung des Stu-

dierendenparlaments (StuPa) und wollten ihrem Ärger Luft machen. Die Sitzung wurde daraufhin abgebrochen und der AStA suchte samt Umfeld das Weite.

In Göttingen liegt eine andere Situation vor als an anderen Universitäten. Der rechte AStA versuchte von Anfang an, die Differenz zwischen den Interessen der Studierenden und der ProfessorInnen unter den Tisch fallen zu lassen. Sein einziger Ausdruck ist das Zusammenhalten aller Beteiligten in der Universität in der Leistungskonkurrenz gegen andere Universitäten und gesellschaftliche Gruppen. An anderen Unis in Hessen, Berlin, Bremen usw. nahmen wenigstens die ASten das allgemeinpolitische Mandat war, und griffen zum Teil nach dem Protestmittel, das das Nicht-mehr-mitmachen-Wollen und damit den Widerstand gegen die gesamte Kahlschlagpolitik z.B. Agenda 2010, Rürup, Hartz, ... am deutlichsten symbolisiert: Zum aktiven Besetzungstreik.

Geht's noch?!

Die Uni-Linke, und damit auch das anlässlich der lokalpatriotischen Aufmärsche des rechten AStA neugegründete „Bündnis gegen Bildungsklau“, laviert immer wieder zwischen scharfer inhaltlicher Abgrenzung vom rechten AStA und auch professoralen Autoritäten einerseits und offenem Dialog, sogar mit Protagonisten wie dem AStA-Vorsitzenden andererseits. Obwohl dieser noch einen Tag vorher gezeigt hatte, wes Geistes Kind er ist, indem er seine Zustimmung zu dem Polizeieinsatz gegeben hatte. Die Räumung des Oec war dabei nur krönender Abschluss der gesamten neoliberalen Politik, für die der rechte AStA steht. Spätestens in dieser Situation, in der der Kontrahent sich durch sein Verhalten vollständig ins Abseits manövriert hat, ist es notwendig, klar Position zu beziehen und ihn endlich als Gegner zu behandeln.

Weiter geht's!

Der Mythos einer starken Linken ist immer noch lebendig, so dass die Landtagsabgeordneten in Hannover sicherheitshalber vom Mittwoch des 10. Dezember bis zum Ende der Haushaltsdebatte hinter einem Belagerungsring von Pferdchen und Wasserwerfern, Personenstärke 4 x normal, verschanzt wurden. Traurig, dass dieser Schutzwall doch im Wesentlichen nur vor einer wildgeworde-



Plakat der Antifaschistischen Liste. Uni-Wahlkampf hat immer auch eine gesamtgesellschaftliche Perspektive.

nen Meute von Studierenden schützen sollte, die die Wichtigkeit der Bildung für Deutschland noch einmal in aller Deutlichkeit ihren Abgeordneten erklären wollten. Sinnentleert standen sie da, gemeinsam mit ver.di-FunktionärInnen, die ihre Position im sozialdemokratischen Teil der faktischen „großen Koalition“ sichern wollen.

Der einzig konfrontative Moment des Protestes von Göttinger Studierenden war bisher die Besetzung und Räumung des Oec. 300 Menschen befanden sich auf der richtigen Seite der Barrikade. Dies hat sicherlich zu einer Bewusstseinsweiterung geführt. Einige Tage später gründete sich das sogenannte „Offene Streikforum“. Verschiedene Aktionen haben inzwischen stattgefunden, deren Ausrichtung unklar war und nicht zu knapp mit (solidarischer) Kritik bedacht werden sollten. Möglich, dass viele tatsächlich verstanden haben, dass es nicht nur um „Bildung für alle“ geht, möglich sogar die Abwahl des rechten AStA bei den kommenden Stupa-Wahlen vom 20. bis 23. Januar 2004.

Die einzige Wahl ist selbstverständlich die Überwindung des kapitalistischen Systems:

Alles für alle – und zwar umsonst! – und bei der Stupa-Wahl die Antifaschistische Liste (Liste 10).

Geschichte und Widerstand politischer Gefangener

Mit dem Buch ‚Tondar‘ liegt seit langer Zeit wieder ein Buch über die Praxis und die Geschichte politischer Gefangener vor. Jeweils mit geschichtlichen Einleitungen und Interviews werden die Zustände im Baskenland, in der Türkei, in Kurdistan und im Iran beleuchtet. Zudem befinden sich Karten der einzelnen Länder im Anhang.

Die Autoren, die aus verschiedenen linken Bewegungen der behandelten Länder kommen und teilweise selbst ehemalige Gefangene sind, wollen mit diesem Buch nicht nur die Thematik der politischen Gefangenen wieder mehr in die Öffentlichkeit bringen, sondern vor allem über die Zustände in den jeweiligen Ländern berichten.

So liegt zum ersten Mal eine Abhandlung über die Geschichte des baskischen Konfliktes bis in die Gegenwart vor. Dass im Buch politische Gefangene selbst zu Wort kommen, ist erfreulich. Im Bezug auf den anhaltenden Widerstand der türkischen politischen Gefangenen und die in der deutschen Linken umstrittene Debatte um das Todesfasten gibt das Buch einen guten Einblick und führt die notwendige Debatte fort.

Ralf Streck (Hrsg.): Tondar. Geschichte und Widerstand politischer Gefangener. Türkei, Kurdistan, Baskenland, Iran, Bonn (Pahl-Rugenstein) 2003. ISBN: 3-89144-348-X

Keine Terroristen, dennoch Knast

Halle/Magdeburg. Am 16. Dezember 2003 endete der Prozess gegen drei linke Aktivisten aus Magdeburg mit zwei harten Urteilen und einem Freispruch. Zwar hatte sich der ursprüngliche Vorwurf „Mitgliedschaft in/Bildung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a) schon im Verlauf des Verfahrens in Luft aufgelöst, übrig blieb jedoch die Anklage wegen verschiedener Brandanschläge: In den Jahren 2001/2002 waren im Raum Magdeburg unter anderem einige Nobelkarossen in Flammen aufgegangen und ein Brandsatz unter einem BGS-Fahrzeug gelegt worden. Richter Hennig vom Oberlandesgericht (OLG) Naumburg befand Marco Heinrichs und Daniel Winter der „gemeinschaftlichen schweren Brandstiftung“ für schuldig und verhängte Haftstrafen von zweieinhalb bzw. zwei Jahren. Der dritte Angeklagte, Carsten Schulze, wurde freigesprochen. Da sowohl Anwälte als auch Staatsanwaltschaft in Revision gehen wollen, bleiben Marco und Daniel vorerst in Freiheit – wenn man das Warten auf ein rechtskräftiges Urteil denn so nennen kann.

Letztlich lässt sich feststellen, dass der Prozess durchaus der Wahrheitsfindung dienlich war: Nicht gerade in Bezug auf die Anschläge, die der Anlass für das Verfahren waren, sondern vielmehr, was die Funktionsweise des staatlichen Repressionsapparats und praktische Lehren für die radikale Linke angeht. Schon bei der Festnahme von Marco und Daniel im November 2002 war klar, dass es der Bundesanwaltschaft (BAW) nicht in erster Linie darum ging, die Urheberchaft verschiedener unerlaubter Taten aufzuklären; vielmehr sollte der Kriminalisierungsknüppel § 129a, der auf als linke Aktivisten bekannte Einzelpersonen niederging, ein warnendes Signal an alle radikalen und möglicherweise zur Militanz bereiten Linken sein. Dazu passen die umfangreichen Bespitzelungen der gesamten linken Szene Magdeburgs wie auch das von der Staatsanwaltschaft zusammengestrückte Konstrukt einer angeblich aus der offen arbeitenden Gruppe Autonomer Zusammenschluss „hervorgegangenen“ terroristischen Vereinigung. Sollte dieses Beispiel Schule machen, wäre es theoretisch in Zukunft möglich, etwa gegen einen Kegelclub zu ermitteln, wenn sich mindestens drei seiner Mitglieder des gewerbsmäßigen Klaus von Autoradios (=kriminelle Vereinigung) verdächtig

machen. Das wird natürlich nicht geschehen – vielmehr ist dies eine Einladung an die staatlichen Verfolgungsorgane zur Kriminalisierung missliebiger linker Gruppierungen.

Noch deutlicher wurde die politische Zielrichtung bei der Verhaftung von Carsten im April 2003: Zum einen musste die BAW natürlich einen dritten Beschuldigten aus dem Hut ziehen, um den § 129a-Zauber weiter durchziehen zu können; andererseits ist es sicher kein Zufall, dass sich dieser neuerliche Repressions Schlag gegen einen Menschen aus den Solidaritätsstrukturen richtete.

Weitere sachdienliche Erkenntnisse erbrachte der Verlauf des eigentlichen Prozesses. Der wäre beinahe schon vor seinem Beginn geplatzt: Wollte das Gericht doch der Anklage nach § 129a erst gar nicht stattgeben, weil sich nach seiner Aktenlage ergab, dass sich die in Rede stehende „terroristische Vereinigung“ schon vor Beginn der Ermittlungen aufgelöst habe. Richter Hennig kam letztlich zu derselben Schlussfolgerung; allerdings sorgte der ungebrochene Kriminalisierungswille des Staatsanwalts dafür, dass die drei Angeklagten drei zusätzliche Monate in U-Haft verbringen mussten, die ohne terroristische Vereinigung keine Begründung mehr besaß.

Aufschlussreich war der Prozess jedoch allemal – insbesondere, was polizeiliche Methoden der „Wahrheitsfindung“ betrifft. Dünn, wie die Indizi-

enlage insbesondere gegen Carsten nun mal war, sollten offenbar um jeden Preis Belastungszeugen gesammelt werden. Wie das geht, durfte sich das staunende Gericht am vierten Prozesstag anhören. Die Aussage eines Polizeibeamten brachte zu Tage, was dieser offenbar für übliche Vernehmungsmethoden hält: Nämlich einem aussageunwilligen potentiellen Zeugen damit zu drohen, Familienangehörige über dessen Homosexualität zu informieren, Eltern unter Druck zu setzen und darauf hinzuweisen, dass es sicherlich auch nicht wünschenswert wäre, ihn in Handschellen an seinem Arbeitsplatz zu präsentieren. Neben einer



Bundesweite Solidaritätsdemonstration am 25. Oktober 2003 in Magdeburg.

Fakten, Fakten, Fakten?!

Anfang November 2003 vermeldete der „Focus“ einen vermeintlichen Fahndungserfolg des Bundeskriminalamts (BKA): Angeblich seien ihm die „Anführer der Militanten Gruppe (mg) ins Netz gegangen“. Vier mit Vor- und abgekürzten Nachnamen genannte Männer wurden als Köpfe der Gruppierung dargestellt, die 2001 erstmals in Aktion trat. Dumm nur für das Nachrichtenmagazin, dass es weder Festnahmen noch Hausdurchsuchungen gab, und dass sich auch das BKA in Schweigen hüllt, statt sich im Triumph zu sonnen. Ein Fahndungserfolg sieht anders aus.

Die mg hat in den vergangenen Jahren durch Anschläge, etwa gegen Großkonzerne und Justizbehörden, von sich reden gemacht und sich zu-

dem immer wieder in linken Medien an der Debatte um militante Politik beteiligt. Die Initiative Libertad!, der einige der Beschuldigten angehören, erklärt sich die reißerische Berichterstattung daher mit dem Druck auf die Ermittlungsbehörden, Erfolge zu präsentieren. Wo keine offiziellen Ergebnisse vorgezeigt werden können, werden eben windige „Informationen“ durch ungenannte Quellen an die Presse gegeben. Libertad! sieht einen „Zusammenhang mit der Kriminalisierung linker Politik und dem Versuch, Initiativen und AktivistInnen zu verunsichern“, so etwa im Prozess gegen vermeintliche Mitglieder der revolutionären Zellen oder auch der Repression gegen linke Aktivisten in Magdeburg.

skandalösen Auffassung von „Ermittlungsarbeit“ offenbart sich hier einmal mehr, wie intensiv sich die professionelle Schnüffelei mit dem Privatleben ihrer schwarzen Schäfchen befasst.

Esoterisches aus dem Gerichtssaal

Wenn Richter Hennig auch zu okkulten Anwendungen neigt, wenn er beispielsweise die „Astralkörper“ von ProzessbesucherInnen wahrzunehmen glaubt, bewies er in diesem Fall doch Bodenhaftung in der Realität des Gesetzes: Da die Erpressung von Aussagen in unserem schönen Land (noch immer) verboten ist, war das solchermassen zustandgekommene Vernehmungsprotokoll nicht gerichtlich verwertbar. Dass dem Staatsanwalt damit alles verlorengegangen war, was er bei seiner Jagd auf das terroristische Phantom in der Hand hatte, zeigten seine vergeblichen Versuche, die wertlos gewordene Aussage doch noch in die Verhandlung einzubringen, um sich seinen dritten Angeklagten zu erhalten. Ende November wurde die Anklage nach §129a fallengelassen und alle drei aus der U-Haft entlassen.

Eigentlich wäre nun auch ein Freispruch für alle drin gewesen; da es hier aber um einen Fall politischer Justiz ging, siegte der staatliche Verurteilungswille. Obwohl dem Gericht ausschließlich Indizienbeweise vorlagen – darunter so aussagekräftige wie gleichartige Schreibweisen in Bekennersinnenschriften und beschlagnahmten Tagebüchern („sz“ statt „ss“, „Chrysler“ ohne „h“) und allgemeine politische Statements – reichten diese dem Gericht für seine harten Urteile aus. Dass sich Daniel zum Zeitpunkt des missglückten Anschlags auf den BGS-Bus vor den Augen zahlreicher Zeuginnen auf einer Familienfeier befand, schien Herrn Hennig – der sah wohl wieder Astralkörper am Werk – offenbar nicht halb so relevant wie die offen erklärte politische Zielrichtung des Urteils: „Hätte es den Autonomen Zusammenschluss nicht gegeben, säßen wir heute nicht hier“, hieß es in seiner Urteilsbegründung. Mit seinem Bedauern, diesen nicht als Keimzelle einer terroristischen Vereinigung dingfest machen zu können, hielt er nicht hinterm Berg, ebenso wenig wie über den Mangel an Beweisen gegen Carsten.

Die radikale Linke sollte andere Lehren aus dem Verfahren und dem Urteil ziehen als die richterlich erwünschten: Statt sich davon abschrecken zu lassen, einen organisierten antikapitalistischen Widerstand aufzubauen, dürfte klar geworden sein, wie wichtig dies ist. Die breite Solidaritätskampagne, deren bundesweite Wirkung selbst

deren OrganisatorInnen positiv überraschte, war die richtige Antwort auf den Repressionsschlag. Dahinter stand das Bewusstsein, dass sich der Kampf gegen das System nie an dessen Spielregeln gehalten hat und halten wird, und dass diejenigen, die der Staat dafür exemplarisch zur Rechenschaft ziehen will, nicht auf sich alleine gestellt bleiben dürfen. Zugleich brachte die Kampagne erstaunliche Erkenntnisse über die eigene Stärke hervor: Deutlichster Ausdruck hierfür war die bundesweite Demonstration unter dem Motto „Linke Politik verteidigen! Freiheit für alle politischen Gefangenen!“ am 25. Oktober 2003 in Magdeburg. Dass es die radikale Linke aus eigener Kraft, ohne Zutun eines bürgerlichen Bündnisses schaffen könnte, 2500 Menschen vom tiefroten über das schwarze bis zum dunkelbunten Spektrum zu mobilisieren, hätte wohl kaum jemand vorher zu träumen gewagt. Auch der Gerichtssaal war stets gut besucht und wurde von den UnterstützerInnen für Solidaritätsbekundungen mit den Angeklagten genutzt.

Neben dem Eigenlob für die richtige Reaktion der Linken sollte jedoch die Selbstkritik nicht fehlen. So darf nicht vergessen werden, dass ohne die erpresste Aussage allen dreien zumindest Teile der U-Haft wohl erspart geblieben wären. Deshalb sollte sich jedeR rechtzeitig mit der Frage befassen, wie einem derartigen Druck standzuhalten ist, zumal dem Staat zur Erzwingung von Aussagen durchaus legale Mittel bis hin zur Beugehaft zur Verfügung stehen. Das Beste ist und bleibt dabei: Maul halten, gegenüber der Polizei allemal. Dies kann jedoch nur von Leuten erwartet werden, die sich überhaupt schon einmal mit den Abgründen der Repression auseinandergesetzt haben. Der Prozess sollte der Linken als Anstoß dienen, sich einmal mehr intensiv dem Thema Aussageverweigerung zu widmen.

Zuerst aber gilt natürlich: Nix sagen ist gut – Vorbeugen ist besser. Auch diese Erkenntnis lässt sich aus dem Verfahren ziehen; schließlich stützte sich das Urteil in weiten Teilen auf die Ergebnisse umfangreicher Heim(durch)suchungen. Alle, die sich aktiv gegen die Unerträglichkeit des Kapitalismus zur Wehr setzen, sind potentielle Ziele staatlicher Repression und sollten dieser entsprechend wenig Angriffsfläche bieten. Also: Keine

miss- oder gar allzu verständlichen Dokumente herumliegen lassen, nicht ständig Peilsender (sogenannte „Handys“) mit sich rumschleppen und immer schön ordentlich aufräumen – schließlich weiß man nie, wann das nächste Mal die Eltern oder die Herren vom LKA unangemeldet vor der Tür stehen. Safety first.

Zu schlechter Letzt bleibt der „Fall Magdeburg“ selbst. Zwei Genossen stehen vor der Aussicht, ein bzw. anderthalb weitere Jahre im Knast verbringen zu müssen, und die Soligruppe rechnet mit weiterer Repression gegen die Magdeburger Linke, da nicht zu erwarten ist, dass die Staatsanwaltschaft in der Revision von ihrer Suche nach einer terroristischen Vereinigung ablassen wird. Hier ist weiterhin eine bundesweite Unterstützung gefordert, die über die Spontandemos hinausgehen sollte, die als Reaktion auf das Urteil in zahlreichen Städten wie beispielsweise Dessau, Göttingen, Marburg und Nürnberg stattfanden. Die Solidarität wird noch einen langen Atem brauchen.

Solidarität ist nie umsonst!

Spenden an: Rote Hilfe
Konto-Nr. 37 151 949, BLZ 810 53 272
Stadtparkasse Magdeburg



Spontandemonstration in Göttingen am Abend des 16. Dezember nach der Urteilsverkündung in Halle.

Exportschlager BRD – Isolationshaft in der Türkei hält an

Am 19. Dezember 2003 jährte sich die gewaltsame Einführung der Isolationshaft (F-Typ-Zellen) in der Türkei zum dritten Mal. Unter dem zynischen Namen „Operation Rückkehr ins Leben“ hatten 8.500 schwer bewaffnete Polizisten und Soldaten über 20 Gefängnisse gestürmt und die Gefangenkollektive zerschlagen. Der Angriff des türkischen Staates richtete sich gegen den Widerstand der Gefangenen der verschiedenen revolutionären Organisationen, die mit einem Hungerstreik auf die geplante Einführung der Isolationshaft reagiert hatten. Mittels Panzern, Brandbomben und anderem schweren Gerät drangen die Si-

cherheitskräfte in die Gefängnisse ein und töteten 28 Gefangene. Im Anschluss an die Erstürmung der Gefängnisse wurden Hunderte Gefangene gewaltsam in die neuen F-Typ Gefängnisse verlegt. Während der Verlegungen kam es zu Folterungen und sexuellen Belästigungen. Die Verantwortlichen des Massakers sind bis heute nicht belangt worden. Die in der Türkei eingeführten Isolationsgefängnisse orientieren sich an denen der BRD, speziell an Stuttgart-Stammheim. Die Einführung eines Gefängnisystems mit Isolationshaft gehört zu den Grundvoraussetzungen für einen EU-Beitritt.

Miami geht in die Offensive

Havanna/Washington. Am 10. Oktober 2003 kündigte der Präsident der USA, George W. Bush, die Gründung einer neuen Kommission bezüglich des „System Change“ in Kuba an. Ziel der unter anderem mit dem Außenminister Colin Powell besetzten Arbeitsgruppe sei es, „Szenarien für ein Kuba nach dem Fall des stalinistischen Regimes“ zu erarbeiten.

Nach verschiedenen Flugzeugentführungen im April und Mai des Jahres und der weltweiten Verurteilung der kubanischen Reaktion – kubanische Gerichte verurteilten drei Entführer zum Tode – ist die Gründung einer speziellen Regierungskommission der nächste Schritt in der antikubanischen US-Politik. Darüber hinaus kündigte Bush an, die Reisebedingungen nach Kuba für US-AmerikanerInnen weiter zu verschärfen und die mittels der staatlichen Sender Radio und Telè Martí ausgestrahlte antikomunistische Propaganda (die gegen geltende Rundfunkgesetze verstößt) weiter auszubauen.

Die kubanische Regierung reagierte scharf auf die Ankündigungen Bushs. Das Außenministerium in Havanna warf der USA die „Eskalation der Aggression“ vor und warnte erneut vor den kriegs-

treiberischen Plänen Washingtons. Und das nicht ohne Grund.

Das kubanische Exil, die alten Eliten des halbkolonialen Kubas, deren Hochburg in Miami liegt, fordern seit Beginn der Aggression gegen den Irak, die US-Kriegspolitik auch auf Kuba auszuweiten. Ganz im Stil der imperialistischen Menschenrechtsrhetorik soll die Karibikinsel von der „kommunistischen Diktatur“ befreit werden und die ‚Menschenrechte‘, also das Recht auf uneingeschränkten Privatbesitz und die Ausbeutung der kubanischen Naturschätze, mittels Waffengewalt durchgesetzt werden.

Dennoch ist ein unmittelbarer Angriffskrieg gegen Kuba ein Szenario für die Zukunft, zumal die US-Regierung mit ihrem kolonialen im Irak fürs erste genug zu tun haben dürfte. Nichtsdestotrotz machte sich der Einfluss des kubanischen Exils, insbesondere ihrer konservativen bis rechtsradikalen Führungsorganisation, der „Fundacion Nacional Cubano Americana“ (FNCA), bemerkbar. Nachdem sich verschiedene Vertreter der Organisation mit der derzeitigen Kubapolitik unzufrieden gezeigt hatten, scheint sich Bush, gerade auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen,

deren Ratschläge zu Herzen zu nehmen. Der Geschäftsführer der FNCA Joe García nahm in einem Radiointerview kein Blatt vor den Mund: „Entweder halten sie [die US-Regierung] ihre Versprechen, oder sie reden Klartext mit uns. Tun sie es aber nicht; so werden wir andere Wege finden, um unsere Ziele zu erreichen.“ Die Bush-Regierung reagierte prompt mit der Bekanntgabe der Gründung der neuen Kommission, nicht zuletzt wegen der finanziellen Abhängigkeit der Neokonservativen von dem exilkubanischen Wahlspenden. Diese beliefen sich bei der letzten Präsidentenwahl auf mehrere Millionen Dollar und dürften auch für die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen wieder benötigt werden.

Die kubanische Regierung weist nicht zu Unrecht darauf hin, dass Washington zwar mitunter eine andere Taktik als die Exilanten fährt, eine militärische Lösung aber auch hier ins Auge gefasst wird. So veröffentlichte das Foreign Military Studies Office im Juni 2001 eine Studie zur aktuellen Einschätzung Kubas. Die Militärs gehen davon aus, dass es unter Castro nicht zu Veränderungen kommen wird. In einer Nach-Castro-Ära allerdings sehen sie gute Chancen, die Insel unter

Glückwunsch!

Mexico. Juchuh! Am 1. Januar 2004 jährte sich der Aufstand der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional – Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung) zum 10. Mal! Vor zehn Jahren traten die ZapatistInnen zum ersten Mal in die Öffentlichkeit, dem voraus gingen bereits 10 Jahre Organisation in Chiapas, dem südlichsten Bundesstaats Mexiko. Das Datum des bewaffneten Aufstands wurde bewusst gewählt: Am 1. Januar 1994 trat das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Kanada, den USA und Mexiko in Kraft. Die mexikanische Regierung sprach vom „wirtschaftlichen Aufstieg“ Mexikos, Armut und Marginalisierung wurden dabei ignoriert. Mit ihrem bewaffneten Aufstand setzten die ZapatistInnen ein Zeichen gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung, die den Indigenas und allen anderen diskriminierten Menschen noch mehr Unterdrückung und Armut

bringen würde. Mit ihren Forderungen unter anderem nach Land, Freiheit, medizinischer Versorgung, Ernährung treten die ZapatistInnen bis heute regelmäßig in die Öffentlichkeit und artikulieren sich über sämtliche Medien, die überregional, bis weltweit wahrnehmbar sind. Unter anderem werden dort die poetischen Schriften des Subcomandante Marcos propagiert, der damit die Menschen in ihrem Alltag berührt. Schriften, mit denen darauf gesetzt wird, dass die Menschen sie verstehen, anstatt mit komplizierten, hochtrabenden Phrasen doch niemanden zu erreichen. Wie schafft es die EZLN mit ihrer Politik von Jahr zu Jahr mehr AnhängerInnen zu finden? Die ZapatistInnen haben seit dem Aufstand im Januar 1994 nie wieder ihre Waffen erhoben, sondern versuchten viele eher, in einen Dialog mit der Regierung zu treten. (Die Regierung antwortete jedoch mit weiterer Militarisierung der zapatistischen Gebiete, woraufhin die Verhandlungen von der EZLN abgebrochen wurden.). Das Leben der Menschen in Chiapas ist geprägt von Hunger und Tod, sie wollen sich nicht weiter von der Regierung verarschen lassen. Viele Menschen entscheiden sich für die EZLN, weil sie ihnen die Möglichkeit bietet, Lesen und Schreiben oder die spanische Sprache zu lernen. Gerade für die Frauen stellt das Leben in der EZLN ein Leben mit sämtlichen elementaren Rechten dar, die sie für ein würdiges Leben benötigen. Das „Revolutionäre Frauengesetz“ beinhaltet unter anderem das Recht auf körperliche Unversehrtheit, freie Partnerwahl oder das Recht auf politische und militärische Partizipation in der Bewegung. Die zapatistischen Gemeinden umfassen mehrere tausend Menschen, in denen alles demokratisch durch Umfragen und Diskussionen per Konsens-Prinzip entschieden wird. Die EZLN bezieht ihren Kampf jedoch nicht nur auf den Bundesstaat Chiapas, sondern wendet sich an und bezieht sich auf alle Marginalisierten Mexikos, bzw. der ganzen Welt.

„Einige Menschen meinen, gegen den Neoliberalismus zu sein ist wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein. Nun denn! Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft!“ (Subcomandante Marcos).

In diesem Sinne: ¡La lucha sigue! – Der Kampf geht weiter!!



Eine EinSatz!-Redakteurin bei der Arbeit

ihre Kontrolle zu bringen. Wenn Chaos, Hunger und Instabilität das Land regieren, wäre eine „humanitäre“ Intervention, nach Ansicht der Autoren, unausweichlich. Dabei spielen die Flüchtlinge in ihrem Zukunftsszenario eine zentrale Rolle. Sollte es zu einer neuerlichen Flüchtlingswelle, wie bereits Anfang der 90er Jahre kommen, sollen die US-Behörden die Flüchtlinge zurückschicken, was unausweichlich zu extremen Spannungen im Land führen würde. Das Militär würde der kubanischen Bevölkerung dann mit „helfender Hand“ zur Seite stehen.

Dass die USA sich durchaus militärisch auf eine Zerschlagung des kubanischen Sozialismus vorbereitet, zeigt auch die Umstrukturierung der US-Kommandobereiche. Kuba wurde aus dem „Kommandobereich Süd-Karibik“ herausgenommen und in den für militärische Operationen gewichtigeren „Kommandobereich Nord“ eingegliedert. Der ehemalige General Barry McCaffrey erklärte, dies sei eine notwendige Maßnahme, um „auf den Tag vorbereitet zu sein, an dem Castro stirbt und die US-Streitkräfte für ein Eingreifen vorbereitet sein müssen“.

Mit dem vorläufigen Ende des sozialistischen Projektes ist Kuba wieder stärker ins Blickfeld der USA geraten. Ein Land mit einem Bildungs- und Gesundheitssystem auf dem Niveau Westeuropas ist in den neoliberalen Zeiten des „Krieges gegen den Terror“ ein Anachronismus. Folglich hat die sozialistische Regierung keine Existenzberechtigung. Man kann geteilter Meinung über den Zustand der kubanischen Gesellschaft 45 Jahre nach der Revolution sein, ihre Errungenschaften aber gehören vorbehaltlos verteidigt; nicht nur, weil

mit ihnen versucht wird, den Menschen auf Kuba ein besseres Leben zu ermöglichen, auch weil sie eine ständige Herausforderung in einer Welt der Ungleichheit und des Krieges sind.

Historische Entwicklungen sind widersprüchlich; so auch die Entwicklung in Kuba. Neben der ständigen Bedrohung durch die USA und das kubanische Exil in Miami hat sich die Revolution oft genug selbst den Weg versperrt und sich als langsam und behäbig bewiesen. Seien es die Internierungslager für Homosexuelle in den 60er Jahren oder der nach wie vor dominierende Machismo. Und der Staatssozialismus versucht, seine hausgemachten gesellschaftlichen Widersprüche auf repressive Weise zu verdrängen. Kuba ist nicht perfekt, kann nicht perfekt sein. Aber Kuba ist da und verkörpert eine Idee sozialer Gleichheit, die heute in allen Ländern ausgemerzt werden soll. Es gibt keine befreite Gesellschaft inmitten der neoliberalen Offensive des Kapitalismus, nur Ansätze, sich zur Befreiung aufzumachen. Als solchem sollte Kuba die Solidarität der Linken gehören.

Mit dem neuerlichen Schritt der US-Regierung verschärft sich der Druck auf die Insel, die sich ökonomisch wieder einigermaßen gefangen hat, weiter. Die kubanische Bevölkerung so wie auch die Regierung aber hat nur eine Perspektive, nämlich standzuhalten und nicht hinter die in den Jahren nach 1959

erreichten Standards zurückzufallen, sondern diese zu verteidigen und wenn möglich zu erweitern. Dass es keine Alternative gibt, ist offensichtlich, denn das Ziel der US-Regierung sowie des kubanischen Exils ist klar, die Zerschlagung der Erfolge der Revolution. Ob die US-Regierung dies humanistisch verbrämt mit der Durchsetzung von Menschenrechten einfordert oder das Exil es, wie hier Huber Matos, der Präsident der Exilgruppe „Unabhängiges und Demokratisches Kuba“, ganz offen ausspricht: „Verbrennt, zerstört, raubt oder tötet, wichtig ist, daß der Tyrann gestürzt wird“. Ihre Ziele sind die gleichen.



Straßenkampfszene Bolivien, Oktober 2003. Die Bevölkerung wehrt sich gegen die Durchsetzung westlicher Kapitalinteressen und deren soziale Folgen.

Hohmann re-educated

„Juden waren es, die den Marxismus erfanden, Juden sind es, die mit ihm die Welt zu revolutionieren versuchen.“ (Joseph Goebbels, September 1941)

Am 15. November 2003 wurde Martin Hohmann wegen parteischädigenden Verhaltens aus der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen – bei 28 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen. Grund war seine antisemitische Rede zum „Tag der deutschen Einheit“ in seinem Wahlkreis Fulda. Man könne „die Juden“, wenn man schon die Deutschen so nenne, ebenfalls als „Tätervolk“ bezeichnen, so Hohmann.

Dahin gelangt war er durch die Lektüre des Buches „The International Jew“, das Henry Ford 1920 in den USA herausgegeben hatte. Ford bringe in seinem Buch eine angebliche „Wesensgleichheit“ von Kommunismus und Judentum zum Ausdruck. Diese „Wesensgleichheit“ müht Hohmann sich nun im weiteren Verlauf seiner Rede nachzuweisen, indem er aufzählt, welche deutschen und russischen Kommunisten jüdischer Herkunft waren. Da „die Juden“ „in großer Anzahl in der Führungsebene aktiv waren“, sei es legitim, sie als „Tätervolk“ zu bezeichnen.

Vielleicht hätte jemand Hohmann erklären sollen, dass es sich bei seiner Quelle um die englischsprachige Ausgabe der „Protokolle der Weisen von Zion“ handelt. Die erschienen um 1905 im zaristischen Russland und stellten eine Fälschung des Geheimdienstes dar, die der Legitimation von Pogromen an der jüdischen Bevölkerung dienen sollte. Auch die Nazis entdeckten die „Protokolle“ bald für ihre antisemitische Propaganda. So erwähnt Hitler sie in „Mein Kampf“ als angeblichen Beweis für die „jüdi-

sche Weltverschwörung“. Kein Zufall also, dass das oben erwähnte Zitat Goebbels' auch von Hohmann stammen könnte.

Zum Skandal wurde die Rede Hohmanns nicht etwa, weil die ZuhörerInnen empört aufgeschrien hätten, sondern durch Zufall: US-Journalisten fanden sie im Internet. Die Reaktionen der CDU waren zuerst äußerst halbherzig. Erst, als der öffentliche Druck zu groß wurde, erfolgten eine Distanzierung und der Fraktionsausschluss, man halte ihn aber „keinesfalls für einen Antisemiten.“ (Laurenz Meyer) Wie schwer der Rauswurf der Parteibasis und dem „deutschen Volk“ zu erklären war, zeigen Aussagen wie: „Herr Hohmann hat das gesagt, was das Volk denkt.“ Da hat er sich in den letzten Jahren nie zurückgehalten: Äußerungen über Homosexuelle, ZwangsarbeiterInnen oder die Wehrmachtausstellung – sie alle haben bewiesen, dass rechts der CDU tatsächlich nur noch die Wand ist. Auch die per Anzeige in diversen Tageszeitungen von rechtskonservativen bis –extremen Freunden Hohmanns geforderte „kritische Solidarität“ macht die Gesinnung einige CDU-Mitglieder und ihres Umfelds klar. Neben Promis aus CDU/CSU finden sich hier auch Herbert Fleissner (CSU), Herausgeber der rechten Zeitschrift „Zur Zeit“, und Christian Vollradt, Göttinger RCDSler und „Junge Freiheit“-Schreiber. Zieht man noch die Äußerung von CDU-Gemeinderat W. Schwarz hinzu, nämlich, „dass wir in Deutschland nur noch Angsthasen haben, die die Wahrheit aus lauter Angst vor den Juden und Amerikanern nicht mehr hören wollen.“, verweist dies auf den nach wie vor vorhandenen Antisemitismus in der CDU und der übrigen deutschen Gesellschaft. Angesichts der Rückendeckung, die Hohmann erhielt, steht zu befürchten (oder zu hoffen?), dass nach einer Entnazifizierung der CDU nicht viel von deren Substanz übrig bleiben würde.

fight global war!

München. Vom 6. bis 8. Februar 2004 findet wie jedes Jahr am ersten Februarwochenende die „Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik“ im Hotel Bayrischer Hof statt. Zum 40sten Jubiläum der Konferenz, früher „Wehrkundetagung“, gilt konsequenterweise das Motto: „Klotzen statt Kleckern“, und so stehen auf der Gästeliste neben dem deutschen Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Struck auch der US-Verteidigungsminister Rumsfeld wie alle anderen Verteidigungsminister der Nato-Staaten und der neue Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer. Im Rahmen der eigentlichen Konferenz kann also noch ein inoffizielles Nato-Treffen abgehalten werden, was auch schon geplant ist. Aber nicht nur die Gästeliste kann sich sehen lassen, auch die Schwerpunktthemen sparen fast kein weltpolitisch relevantes Thema aus: Transatlantische Beziehung mit besonderem Augenmerk auf der Rolle Europas, Naher und Mittlerer Osten, internationaler Terrorismus, die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Aber auch die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den großen Industrienationen und den Entwicklungs-

ländern, die laufenden WTO-Verhandlungen, die Cancun-Runde und die „Öffnung der Agrarmärkte“ sind Themen der Konferenz. Auf den ersten Blick vielleicht erstaunlich, was alles in den Bereich „Sicherheitspolitik“ fällt – aber nur, wenn der Begriff fälschlicherweise mit der klassischen Verteidigungs- bzw. Militärpolitik verwechselt wird. Moderne Sicherheitspolitik erstreckt sich im Gegensatz dazu auf ein wesentlich weiter gefasstes Themenfeld, nämlich auf alles, was für den Weltmarkt und die einzelnen kapitalistischen Staaten unsichere Faktoren sein könnten. Ins Blickfeld der Sicherheitspolitik geraten folglich alle Ereignisse, die wenig bis unkalkulierbar erscheinen oder die allgemeine Planungssicherheit reduzieren. Nur logisch, dass von internationalen Wirtschaftsabkommen über große Migrationsbewegungen bis zu militärischen Auseinandersetzungen alles zum Thema der Konferenz werden kann.

Die Konferenz ist somit ein idealer Anlass für die Antikriegsbewegung, ihren Protest gegen aktuelle Kriegseinsätze und militärische Aufrüstung vor einer internationalen Medienöffentlichkeit zu artikulieren und den VertreterInnen von Regierung, Wirtschaft und Militär die Veranstaltung vielleicht

sogar ordentlich zu vermiesen. Für die radikale Linke könnte es die Möglichkeit sein, allgemeinere Kritik an den herrschenden kapitalistischen Zuständen wieder in diese Bewegung zu tragen, nachdem sie auf den Friedensdemonstrationen im Vorfeld und während des Irakkrieges fast sprachlos in der Masse der rot-grünen ParteigängerInnen unterzugehen drohte. Die eigene Kritik muss dazu an Schärfe und Nachdruck gewinnen, und regressive Tendenzen müssen als solche benannt und isoliert werden. Nachdem im letzten Jahr schon zwei Demonstrationen gegen die Konferenz stattfanden, eine doch eher kleine, organisiert vom Münchener Bürgermeister Ude (SPD), und eine mit mehr als zehntausend TeilnehmerInnen von einem breiten linken Bündnis getragen, gibt es in München Ansätze und die Bereitschaft, inhaltliche Trennschärfe zu bewahren und vielleicht auch an dieser weiterzuarbeiten.

Die vorgegebenen Schwerpunktthemen der Konferenz sind seit mehreren Jahren immer wieder ähnlich gelagert, und so zielt die Kritik des Protests auch immer wieder auf die gleichen Themen, die weltweiten Kriegseinsätze der Nato bzw. ihrer

Soli-Anzeige für den

ANTIFA-VERSAND

RED STUFF

antifa-versand red stuff
göttingen: clo buchladen | nikolskirchhof 7 | 37073 göttingen

aufkleber
spuckis
t-shirts
plakate
broschüren
und vieles mehr



Nazis in Niedersachsen

Wie alle Jahre gab es wieder ein paar Termine für engagierte AntifaschistInnen: Die braune Reisegesellschaft trat diesmal mit der Kampagne "Heimreise statt Einwanderung – Deutsche Rinder braucht das Land" an, was dem intellektuellen Gehalt des deutschen Stammtisches Rechnung trug. Die erste Etappe stellte am 24. Mai 2003 Hannover dar. Das 180–200 köpfige Kontingent der Nazis wurde von ungefähr 2.500 grünen FreundInnen begleitet. Auf der politisch entgegenstehenden Seite versammelten sich nach dem Aufruf der Antifaschistischen Aktion Hannover ca. 2.000 TeilnehmerInnen. Beständig kam es zu Rangeleien mit den cops, die dank tierischer Unterstützung den Antifas die Route etwas unbequemer machten. Die Route deluxe der NPD durch die Innenstadt konnte nur nach der antifaschistischen Demo begleitet werden, wobei der exekutierende Arm des Staates auch mal den Wasserwerfer oder Tränengas hervorholte.

Nächstes Ziel der Rundfahrt Richtung Norden war am 18. Oktober 2003 Braunschweig. Nach einer Kundgebung mit ungefähr 1.500 Menschen gelang es trotz des Verbots einer Demonstration des Bündnisses gegen Rechts, die Leute auf die Route der NPD zu bewegen. In Folge dessen wurde der Aufmarsch mit ungefähr 150 Nasen von der Polizei gestoppt, um ein Aufeinanderprallen mit 400 entschlossenen AntifaschistInnen zu verhindern. Gerangel mit den Grünen gab es auch hier wieder, sogar einige

Vertreter der herbeihalluzinierten Volksgemeinschaft konnten nicht ohne ein paar Beulen die Heimreise antreten. Weiter ging es am 29. November 2003 nach Lüneburg. Das Netzwerk gegen Rechts konnte 2.500 DemonstrantInnen mobilisieren, wobei die Verkörperung deutscher Ideologie wieder einmal die 150 üblichen Verdächtigen in die Stiefel brachte. Hier war es für die AntifaschistInnen möglich, den Aufmarsch der Nazis mit verschiedensten Wurfgeschossen zu verschönern, aber auch die Polizei konnte, dank einiger Verletzte in ihren Reihen, kein hübsches Resümee ziehen.

Das ekelhafte Spektakel geht allerdings weiter: Am 28. Februar 2004 gastiert die NPD samt ‚Freien Kameradschaften‘ in Osnabrück und am 20. März 2004 in Wilhelmshaven. Ganz gewiss: Diese ganzen Aufmärsche sind nicht mehr als lästig und könnten, angesichts der Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche, auch nicht mehr unbedingt die Terminkalender linksradikaler AktivistInnen füllen. Dennoch manifestiert sich in ihnen die ‚reinste‘ Form deutschen Denkens und bewirken nicht nur eine Verschlechterung des Klimas. Wird dies zu einer Alltäglichkeit, läßt der deutsche Michel antisemitischen oder rassistischen Ressentiments auch mal unbeschwerter freien Ausgang, mit all seinen mörderischen Konsequenzen. Die Intervention gegen den braunen Wanderzirkus sollten sich daher nicht von den zivilgesellschaftlichen Mobilmachungen vereinnahmen lassen, sondern klar den Ursprung dieser Ideologie ausmachen, welcher in der spezifisch deutschen Variante der Herrschaft des Menschen über den Menschen liegt.

Mitgliedsländer, den Ausbau der Militärmacht Europas, deutsche Militäreinsätze und die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr. Doch diese Forderungen haben bei genauem Hinsehen im Vergleich zu früheren Jahren an Radikalität eingebüßt. Von „Nato zerschlagen!“ zu „Stoppt die weltweiten Kriege der Nato-Staaten!“ oder von „Bundeswehr auflösen!“ zu „Gegen die deutsche Kriegspolitik und weltweite Bundeswehreinsätze“, wie es in der Präambel zu den diesjährigen Protesten heißt, sind schon wesentliche Punkte antimilitaristischer Kritik unter den Tisch gefallen. Von linksradikaler Kapitalismuskritik ganz zu schweigen, was aber auch nicht von einer solchen Präambel erwartet werden kann, die von allen Gruppen unterstützt werden soll, die an den Protesten teilnehmen wollen. Die Hinwendung, nur noch die Militäreinsätze und nicht mehr die Organisationen und Bündnisse selbst zu kritisieren, die genau für solche Einsätze gegründet worden sind und für diese Zwecke ständig neu refomiert und ausgebaut werden, ist also schon aus rein antimilitaristischer Sichtweise zu kritisieren. Leider aber Ausdruck vom Staats- und Politikverständnis großer Teile der Protestbewegung, die es lieber sehen würden, wenn die Bundeswehr sich wieder auf die Landesverteidigung und das Sandsäckeschleppen bei Hochwasserkatastrophen beschränken würde, anstatt in Kunduz als erstes Provincial Reconstruction Team (PRT) Vorhut für die Ausweitung der International Security Assistance Force (ISAF) über Kabul auf ganz Afghanistan hinaus zu sein. Aber eine milliardenteure global einsatzfähige Armee hält sich nun mal kein Staat, um auf die nächste Flut zu warten, sondern um eigene Interessenssphären weltweit zu sichern und ausbauen zu können. Wer militärisch nicht einsatzfähig und -willig ist, wird zusätzlich bei der Verteilung von für die eigene Wirtschaft lukrativen Folgeaufträgen übergangen oder umgekehrt besonders berücksichtigt, wie es sich exemplarisch für Deutschland im Irak und umgekehrt in Afghanistan darstellt. Für den Staat ist die primäre Aufgabe, den eigenen Standort und die dort ansässigen Unternehmen im internationalen Wettbewerb in eine möglichst gute Ausgangsposition zu bringen, was möglichst reibungslose und billige Verwertungsbedingungen im Innern genauso wie stabile Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Staaten für Export und Import von Waren und den Abbau von Rohstoffen bedeutet. Das inzwischen erreichte

Potential, diese militärisch auch in Krisensituationen zu sichern oder sogar auszubauen, verbessern dabei die Ausgangsbedingungen für Deutschland ganz erheblich.

Neben der schon häufiger kritisierten Staatsgläubigkeit von Teilen der Protestbewegung, die verzweifelt versucht, den Staat in fordristischer Tradition als Regulierer und Sozialstaat in eine theoretische Gegenposition zum Neoliberalismus zu bringen, schimmern seit dem massenhaften Protesten gegen den Irakkrieg auch immer offener nationalistische Bezüge in der globalisierungskritischen und Antikriegsbewegung durch. Die Parole des „alten Europas/old Europe“ fand während der Friedensdemonstrationen gegen den Irakkrieg großen Anklang und wird in der Forderung nach einem „sozialen Europa“ genauso aufgenommen wie die beliebte Parole „Eine andere Welt ist möglich!“, wobei die „andere Welt“ kurzerhand auf „Europa“ reduziert wurde. In der positiven Bezugnahme auf Europa ist dabei die Gegnerschaft zu den USA immer schon mitgedacht, war doch gerade diese Gegnerschaft im Irakkrieg überhaupt erst der Ansatzpunkt für die Identifizierung mit dem Gebilde des „alten Europas“. Dass mit der Forderung nach einem „sozialen Europa“ zwangsläufig eine positive Bezugnahme auf das konkrete politische Gebilde der EU verbunden ist, die als einziges real und vom eigenen Anspruch her „Europa“ repräsentieren kann und will, macht die Forderung auch kein bisschen sympathischer. Auch wenn viele diese Bezugnahme weit von sich weisen werden, ist es genau die Vorstellung von menschenrechtlichen, sozialstaatlichen und arbeitsrechtlichen Mindeststandards, die unter dieser Forderung von Kräften wie ver.di oder der PDS versucht wird, in die EU-Verfassung einfließen zu lassen. Von den Teilen der Protestbewegung, die an der politischen Gestaltung der EU teilnehmen wollen, sollte sich eine radikale Linke schleunigst verabschieden. Wer unter der Parole „Für ein soziales Europa“ demonstriert, läuft nicht mehr Gefahr, im Schoß der deutschen Gesellschaft anzukommen, er/sie ist es bereits.

Will der linksradikale Teil der Antikriegsbewegung am 6. und 7. Februar nicht im allgemeinen Einheitsbrei unter dem Motto „diese Vielfalt ist unsere Stärke“ untergehen und sich damit selbst zum Begleitprogramm der EuropaanhängerInnen degradieren, muss sie die eigene Kritik an der Konferenz stärker sichtbar machen als in den Jahren zuvor und auch Teilen des Protestspektrums ordentlich auf die Füße treten. Das mag unangenehm werden, aber eine andere Alternative wäre keine linke.

TERMINE

Göttingen:

Freitag, 16. Januar 2004

*Vortrag von Detlef Hartmann:
„Wer braucht schon Bildung! Europa
wirft einen vereinheitlichten Rohstoff
auf den Markt“ – Veranstaltung der
Antifaschistischen Liste*
19.00h · ZHG · Hörsaal 001

Samstag, 17. Januar 2004

*Wahlparty der Antifaschistischen Liste
mit Cocktail-Bar mixed for your by
PHASE 2, Göttingen*
22.00h · Juzl · Bürgerstraße 41

Donnerstag, 29. Januar 2004

*Event-Vortrag zur Münchener
Sicherheitskonferenz mit der
Roten Aktion Kornstraße (Hannover) –
Veranstaltung der Autonomen Antifa [M]*
19.30h · Theaterkeller
Geismarlandstraße 41

Hamburg:

Samstag, 31. Januar 2004

*Samstag, 31. Januar 2004:
Naziaufmarsch verhindern!
NPD und freie Kameradschaften
haben angekündigt, anlässlich der
Wehrmachtsausstellung zu marschieren.*
11.00h · S-/U-Bahnhof Barmbek
www.hamburg-gegen-nazis.de/vu

TIP DER SAISON

München:

Münchener Sicherheitskonferenz

Freitag, 6. Februar 2004
*Aktionen rund um den Tagungsort
Bayerischer Hof*
16.00h · Infos: www.no-nato.de

Samstag, 7. Februar 2004
*Internationale Demonstration
gegen die Sicherheitskonferenz*
12.00h · Marienplatz

